



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Käsbach

Telefon: (0221) 29259

Fax: (0221)

E-Mail: renae.kaesbach@stadt-koeln.de

Datum: 20.05.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 01.03.2021, 15:00 Uhr bis 16:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal
INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.
Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Frau Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Frau Birgit Beate Dickas	Die PARTEI
Frau Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Frau Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Gerhard Jansen	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Andreas Albrecht	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-----------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Frau Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Frau Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU
Herr Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Frau Aline Raab-Damaske	Auf Vorschlag von GUT

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-----------------------------	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Xueling Zhou	Bezirksschülerinnenvertreterin
Frau Christina Zimmermann	Katholische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Olivia Müller	Bezirksschülervetreter
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben begrüßt alle Anwesenden, verweist auf die bereits bekannt gegebenen Hinweise und fordert pandemiekonformes Verhalten ein, um die Sitzungsdauer so kurz wie möglich zu halten.

Die Verwaltung schlägt vor, die Anträge unter TOP 2.2 – 2.4, die Beantwortung unter TOP 3.2.1 – 3.2.6, die Mitteilungen unter 5.5 – 5.12, im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen unter TOP 11.4 – 11.8 und die Anfrage unter TOP 12.1.1 aufzunehmen.

Herr Dr. Schlieben erläutert weiterhin kurz das Verfahren zur Sitzungskürzung.
Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen
- 1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0077/2021

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen!
AN/0269/2021
- 2.2 Ersetzungsantrag zum Antrag AN/0269/2021 „Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen!“
AN/0356/2021
- 2.3 Entzerrung der Schulanfangszeiten
AN/0379/2021
- 2.4 Änderungsantrag zum Ersetzungsantrag „Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen“ von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Volt-Fraktion, DS AN/0356/2021, TO
AN/0400/2021

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Geänderte Rechtslage zur Abwicklung von Geldern für Klassenfahrten gem. § 95 Abs. 3 SchulG NRW
AN/0352/2021

3.2.2 Sanierung des Hölderlin-Gymnasiums in Köln-Mülheim
AN/0358/2021

3.2.3 Beantwortung der Anfrage von Frau Hölzing-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung ASW vom 18.Januar 2021 zur Vorlage "Sexueller Missbrauch in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen" DS Nr.3195/2020
0626/2021

3.2.4 Lehrschwimmbekken der Grundschule Hohe Straße in Köln-Porz/Westhoven - zu einer Anfrage der SPD-Fraktion, AN/0033/2021 und zum Beschluss der Bezirksvertretung Porz AN/0543/2020
0056/2021

3.2.5 Gesamtschule am Standort Zusestraße in Köln-Lövenich?
AN/0404/2021

3.2.6 Standortfragen an der Elsa-Brändström-Realschule und der Gesamtschule Lindenthal neu justieren?
AN/0405/2021

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Schulsporthallen
2035/2020

4.2 Planungsaufnahme zur Erneuerung und Erweiterung der OGS-Küche der GGS Martinusstr. 28, 50765 Köln-Esch

Planungsbeschluss
3195/2019

5 Mitteilungen

5.1 Förderung Rom e. V. für das Haushaltsjahr 2021 ff.
0055/2021

- 5.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2021"
0153/2021
- 5.3 Anfrage der SPD-Fraktion zu baulichen und perspektivischen Situation der KGS Horststraße
hier: mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 24.08.2020; 6.1 der Niederschrift
3717/2020
- 5.4 #LernenGehltimmer - Volkshochschule Köln setzt verstärkt auf Onlineangebote
0271/2021
- 5.5 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten inklusive Interimsbauten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln - Erweiterter Planungsbeschluss,
2486/2020
2486/2020/3
- 5.6 Abbruch Neubau Gebäude des Hölderlin Gymnasiums, Graf- Adolf- Straße
0552/2021
- 5.7 Sachstandsmitteilung über die Umsetzung des Förderprogramms "DigitalPakt NRW" zur Digitalisierung der Kölner Schulen
0534/2021
- 5.8 Schulversuch "NRW-Musikprofil-Schulen"
0674/2021
- 5.9 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021
- 5.10 Schulische Situation und Ausstattung in der Pandemie-Situation - aktueller Sachstand
0651/2021
- 5.11 Beschaffung von Luftreinigungsgeräten entsprechend Landesförderung
0704/2021
- 5.12
3499/2020

6 Anfragen

- 6.1 Mündliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Einsatz von Fördermitteln für Ganztagsausbau in Grundschulen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

Herr Beigeordneter Voigtsberger berichtet über wichtige Themen aus Sicht der Verwaltung der kommenden Legislaturperiode:

1. Die Pandemie habe viele Grundfeste und auch Routinen erschüttert. Gegenwärtig gehe es darum, in einem akuten Krisenmodus das System Schule und alle Beteiligten bestmöglich zu unterstützen. Mit jeder Landesentscheidung hinsichtlich des Schulbetriebes ergeben sich weitere Handlungsbedarfe und neue Lösungen müssen kurzfristig gefunden werden.

Neben der intensiven Ausstattung der Kölner Schulen mit Hygieneschutzmitteln, der Organisation von Notbetreuung, Anpassung von Sport- und Schwimmunterricht sowie der Schülerbeförderungen an die geltenden Regelungen, den veränderten Angeboten zur Bildungsberatung und zum Übergang von Schule/Beruf habe insbesondere die Digitalisierung an Kölner Schulen einen großen Schub erfahren. Durch zusätzliche Landesmittel des sogenannten Sofortausstattungsprogramms und viel Einsatz der Kolleginnen und Kollegen konnte die Anzahl der digitalen Endgeräte für Schülerinnen und Schüler seit Beginn der Pandemie nahezu verdreifacht werden.

Die vorhandenen Geräte würden im Rahmen des Distanzlernens an Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien ausgeliehen. Parallel zur sukzessiven Auslieferung der Schülerendgeräte erfolge nun auch die Auslieferung der Lehrerinnen- und Lehrerendgeräte.

Seit Beginn der Pandemie war es wichtig, neben der Schulverwaltung auch mit anderen Dienststellen, wie mit dem Gesundheitsamt oder dem Rettungsdienst gemeinsame Überlegungen anzustellen, wie der Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen bestmöglich gelingen könne. So wurden im Rahmen des CoSchul-Projektes weitere zusätzliche Maßnahmen von städtischer Seite initiiert.

2. Schule habe viele Funktionen, sie sei einerseits Lernort und vergebe Abschlüsse. Schule diene andererseits auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sei Lebensort, Sozialisationsinstanz und kompensiere Benachteiligungslagen von Kindern und Jugendlichen. Gerade auch das Ziel der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit stelle drängende Fragen. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen und Bildungserfolgen sei bekanntlich stark ausgeprägt und es bestehe nach aktuellen Studien die Gefahr, dass sich diese Schere tendenziell weiter öffnen werde. In diesem Zusammenhang möchte Herr Voigtsberger dafür sensibilisieren, dass 2025 der Rechtsanspruch auf ein Ganztagschulplatz in Kraft treten werde.

Auch wenn man in Köln mit einer OGS-Quote von rd. 80 % vergleichsweise sehr gut dastehe, reiche das Angebot gerade in Stadtteilen mit hohen Armuts- und Bildungsrisiken noch nicht aus und man müsse erheblich investieren, um einem Rechtsanspruch genügen und das Betreuungs- und Bildungsversprechen des Ganztags vollständig einlösen zu können.

3. Die schulische Infrastruktur in Köln bedürfe dringend der Weiterentwicklung. Es sei in den letzten Jahrzehnten zu wenig in den Bestand der Schulgebäude investiert worden. Aktuell werde die Notwendigkeit einer Vielzahl von Sanierungen und Ersatzbauten gesehen, die mit erheblichen Friktionen, z.B. im Zusammenhang mit Auslagerungen, einhergingen und die erhebliche Energien bei der Gebäudewirt-

schaft binden werde. Außerdem gebe es in Köln zu wenige Schulplätze. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen sei in der jüngeren Vergangenheit rasant angestiegen und steige auch zukünftig weiter an. Gegebenenfalls deute sich langfristig eine leichte Entspannung an, da die extrem hohen Geburtenzahlen der letzten Jahre aktuell etwas rückläufig seien und sich Wanderungsbewegungen nach Köln etwas abschwächen. Mittelfristig bestehe aber die Herausforderung, schnell viele gute zusätzliche Schulplätze zu schaffen. Die zwei GU/TU-Pakete zum Schulbau seien dabei ganz wichtige Meilensteine. Es werde jedoch auch weitere Pakete brauchen, insbesondere für schnelle und vorgezogene Interimsstarts von Schulen. Dass diese Maßnahmen dringend erforderlich sind, sei an den aktuell leider wieder sehr hohen Abweisungszahlen an den Gesamtschulen zu sehen sowie auch daran, dass in den Gymnasien wieder sehr hohe Klassengrößen und bis zu zehn Mehrklassen eingeplant werden müssten. Deren Einrichtung sei auch nach Einschätzung der Bezirksregierung Köln zunehmend schwierig.

Verwaltungsseitig beschäftige man sich mit der Anmietung von Büroimmobilien, mit der bedarfsweisen Entrichtung von Wohnbauflächenpreisen beim Erwerb privater Grundstücksflächen und auch mit der Prüfung temporärer Schulen in Gewerbegebieten oder auch in Grünbereichen, wenn geeignete alternative Lösungen nicht gegeben seien. Weiterhin müsse man über die bestehende Schulinfrastruktur reden. Aktuell werde geprüft, welche Haupt- und Realschulstandorte sich möglicherweise zu Teilstandorten insbesondere von Gesamtschulen aber auch Gymnasien weiterentwickeln lassen. Man wolle die Schullandschaft qualitativ sowie quantitativ weiter entwickeln.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für den Vortrag und betont, dass zwar einiges in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde, sich aber niemand in Selbstzufriedenheit zurücklehnen könne.

Weiterhin weist er darauf hin, dass er einen Brief der Elsa-Brandström-Schule von Frau Schaper, der stellvertretenden Vorsitzenden der Schulpflegschaft, von der Schülersprecherin Frau Winnen und dem stellvertretenden Schülersprecher Herr Briesch weitergeleitet habe, welchen die schulpolitischen Sprecher aller Fraktion und alle Mitglieder dieses Ausschusses mit dem Protokoll erhalten würden. In diesem Brief sei die Unzufriedenheit der Elsa-Brandström-Schule beschrieben. Um zu erkennen, dass man sich der Situation annehme, schlägt Herr Dr. Schlieben vor, gemeinsam mit den Sprechern, dem Vorsitzenden und einem Vertreter der Verwaltung pandemiebedingt einen digitalen Termin gemeinsam mit den Schulvertretern zu vereinbaren.

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

Frau Böll, Frau Hauser, Frau Weber, Herr Wirth, Herr Burghardt, Frau Butterwegge, Frau Westphal und Frau Topuz wurden als sachkundige Einwohner*innen vereidigt.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0077/2021

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, ob es auf der Schulbaumaßnahmenliste 2018 Schulbauprojekte gebe, die soweit fertiggestellt worden seien, dass eine Personalisierung weiterer Objekte möglich sei und ob es möglich wäre, eine aktuelle Liste für diese Wahlperiode zu erhalten, an der man sich orientieren könne.

Herr Voigtsberger erläutert dazu, dass man die Frage gerne aufnehmen werde.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bittet um eine genauere Zielbenennung.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Antwort der Verwaltung:

Eine aktualisierte Liste der Schulbaumaßnahmen (Stand 31.12.2020) wird dem Ausschuss zu seiner nächsten Sitzung vorgelegt.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen! AN/0269/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, drückt seine Verwunderung über den TOP 2.2 und 2.4 aus. Die Punkte zu 2.2 wurden am 18.01.2021 abgelehnt. In TOP 2.2 würden die Punkte 3 und 6 auf dem Antrag nicht mehr erscheinen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erwidert, dass die Adressaten unklar seien. Der Hauptadressat sei das Amt für Schulentwicklung, die Angaben seien vage und ungenau. Unklar sei auch die Essensversorgung. Der TOP 2.2 sei eine Konkretisierung zu TOP 2.1 mit dem Adressat Amt für Schulentwicklung.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Beschlüsse der TOP 2.2 und 2.4 wird der vorliegende Antrag in der Vorberatung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt (in der Vorberatung)

2.2 Ersetzungsantrag zum Antrag AN/0269/2021 „Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen!“ AN/0356/2021

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte betonen, dass in dem Antrag der SPD-Fraktion die Adressaten unklar seien. Der Hauptadressat sei das Amt für Schulentwicklung, die Angaben seien vage und ungenau, die Essensversorgung sei unklar definiert. TOP 2.2 sei eine Konkretisierung zu TOP 2.1 mit Adressat Amt für Schulentwicklung.

Beschluss:

Nach einer inhaltlichen Diskussion werden die Änderungen aus TOP 2.4 in den vorliegenden Antrag aufgenommen. Der Ausschussvorsitzende lässt hierüber abstimmen.

- Die eventuell notwendigen Abstimmungen wie z.B. beim Schülerspezialverkehr sollen vom Schulträger zügig angegangen und umgesetzt werden. Bei den festzulegenden Intervallen zwischen Präsenz- und Distanzunterricht erhalten die Schulen Gestaltungsspielräume. Die Verwaltung soll die für eine pädagogische Betreuung benötigten Räume gewährleisten und bei individuellen Regelungen vor Ort behilflich sein. Hierbei soll auch geprüft werden, ob derzeit freie kulturelle Räumlichkeiten, aber auch außerschulische Lernorte wie z. B. Zoo-schule, Freiluga, Waldschule genutzt werden können.

Falls leerstehende Räume im Umfeld der Schulen kurzfristig angemietet werden können, übernimmt die Verwaltung dafür die Mietkosten und wendet sich an das Land, um eine Erstattung dieser zu erhalten. Vorrangig gilt dies für Schulen mit hohen Sozialindexwerten.

- Die Verwaltung soll mit den Trägern des Ganztags absprechen, ob und wie dort beschäftigtes Personal auch in der Begleitung des Distanzunterrichts in den Räumen der Schule bzw. in der pädagogischen Betreuung eingesetzt werden kann.

Dies gilt auch für Museums-, Theater-, Sport-, Musikpädagog*innen, die derzeit ohne Beschäftigung sind. Die Verwaltung übernimmt die Honorarkosten und wendet sich an das Land, um eine Erstattung dieser zu erhalten. Vorrangig gilt dies für Schulen mit hohen Sozialindexwerten.

- Die Verwaltung soll zusammen mit den Schulleitungen Möglichkeiten erörtern, Räume und ggf. Personal aus der Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler aller Klassen, die zu Hause aus unterschiedlichen Gründen nicht erfolgreich am Distanzunterricht teilnehmen können, weiterhin anzubieten, so dass sie ihre Aufgaben unter Aufsicht in den Räumen der Schule bearbeiten können (erweiterte Betreuung).
- Die Betreuung von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf in der Schule, auch in höheren Altersstufen, die nicht ohne Betreuung zu Hause am Distanzunterricht teilnehmen können, soll sichergestellt werden.
- Die Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter sowie die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verstärkt dazu eingesetzt werden, die Schülerinnen und Schüler unter Einbeziehung deren Erziehungsberechtigten auch im häuslichen Umfeld zu unterstützen.
An Schulen mit hohen Sozialindexwerten werden von der Stadt schnellstmöglich zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter geschaffen und besetzt.
- Die Verteilung der Schutzmasken und ggf. weiterer Schutzausrüstungen soll ab sofort für alle Lehrkräfte und sonstiges schulisches Personal sichergestellt werden.
An Schulen mit hohen Sozialindexwerten sollen für alle Schülerinnen und Schüler Schutzmasken verteilt werden, an anderen Schulen diejenigen, die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen.
- Unter Einbeziehung der Gebäudewirtschaft müssen die Räume, in denen eine Querlüftung nicht möglich ist, unmittelbar nach Ende der Praxistestphase mit passenden Luftfiltergeräten ausgestattet werden.

- Der Fokus soll weiterhin auf stabile W-LAN-Verbindungen in den Klassenräumen gelegt werden.
- Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die weiterhin im Distanz- oder Wechselunterricht sind, müssen mit Endgeräten und Prepaid-Internet-Karten (o. ä.) ausgestattet werden, wenn sie diese nicht besitzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2.3 Entzerrung der Schulanfangszeiten AN/0379/2021

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, erläutert, dass Präsenzunterricht wichtig sei, sich damit aber auch das Infektionsrisiko ausbreite. Man wolle übervolle Schulbusse und den erhöhten Andrang vor den Schulen verhindern. Durch den Runderlass des Landes NRW sei dies in einer Zeit zwischen 7.00 und 9.00 Uhr möglich. Dieses könne durch eine interne Staffelnung jeweils an den Schulen erreicht werden oder durch eine externe Staffelnung, wobei die Schulen untereinander die Anfangszeiten vereinbaren. Dies sei eine Möglichkeit, zum einen die Pandemie einzudämmen, zum anderen können damit die Schulen geöffnet bleiben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben betont nochmal, dass dies ein Dringlichkeitsantrag sei, über den abgestimmt werden müsse und stellt formal fest, dass niemand gegen diese Dringlichkeit ist.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, erläutert, dass der Begriff „Dringlichkeit“ mit Fragezeichen zu versehen sei, da in der Vergangenheit bereits mehrere Anfragen in diese Richtung gestellt wurden. Inhaltlich stehe der Krisenstab der Stadt Köln in Kontakt mit den Schulen, der Bezirksregierung und insbesondere den Kölner Verkehrsbetrieben. Es gebe pädagogische Gründe, dass Schulen diese Entzerrung nicht machen wollen. Es liege bei der Bezirksregierung, darüber zu entscheiden.

Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen, weil er das Vertrauen in die Schulleiterinnen und Schulleiter habe und diese nachweislich schon viel geleistet hätten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben betont erneut die interne und externe Staffelnung. Für die interne Staffelnung sei die Schulleitung zuständig, für die externe Staffelnung der Schulträger, der ein Konzept vorzulegen habe.

Es sei eine kommunale Frage. Liege kein Konzept vor, müsse die Schulleitung und Schulverwaltung nicht reagieren. Liegt dieses vor, können die Schulleiter*innen nur aus guten Gründen ablehnen. Bei Uneinigkeit entscheide die Bezirksregierung.

Frau Dr. Butterwege, Fraktion Die Linke, sieht die Entzerrung der Schulanfangszeiten als sinnvoll und richtig an. Allerdings sei es bei dem Antrag nun auch für eine Konzeptentwicklung recht spät, da der Unterricht im Wechselmodell bereits begonnen habe. Sie werde dem Antrag aber trotzdem zustimmen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass er Vieles von dem Gesagten bestätigen könne. Der Krisenstab der Stadt Köln sei schon seit vielen Wochen in diesem Baustein tätig und verfolge ein klares Konzept. Man sei dem Land für die Konkretisierung des Erlasses dankbar. Damit werde deutlich, dass es eine Möglichkeit der externen Staffelnung gebe. In diesem Zusammenhang wurden gemeinsam mit der KVB und vielen Dienststellen regionale Gespräche geführt und konkrete Vorschläge entwickelt. Diesen Vorschlägen, wie z.B. Entzerrung der Schulanfangszeiten, haben auch einige Schulen zugestimmt, bei anderen Schulen gab es pädagogische und personelle

Gründe, warum man diesem Vorschlag nicht gefolgt sei. Die Verwaltung sei nun mit der Bitte um eine Entscheidung auf die Bezirksregierungen zugegangen.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, teilt mit, dass man als Unterstützung der Verwaltung diesen Antrag beschließen solle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung mit der unverzüglichen Erstellung eines Konzeptes zur Entzerrung der Schulanfangszeiten als Unterstützungsmaßnahme zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Hierbei möge die Verwaltung insbesondere eine Regelung zur externen Staffelung vorlegen.

Das Konzept soll ab der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts befristet bis zum Ende des aktuellen Schuljahres bzw. bis zur pandemiebedingten Aufhebung gelten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Gegenstimme der SPD-Fraktion beschlossen

2.4 Änderungsantrag zum Ersetzungsantrag „Bildung in Zeiten von Corona sicher und gerecht gewährleisten – Sofortmaßnahmen für den Schulbeginn treffen“ von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Volt-Fraktion, DS AN/0356/2021, TO AN/0400/2021

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, stellt klar, das TOP 2.4 ein Änderungsantrag zum Ersetzungsantrag TOP 2.2 sei. Man konzentriere sich auf TOP 2.1 und 2.2. Hierbei gehe es darum, dass Vorschläge verschärft bzw. gestärkt werden, Räume sollten im Umfeld der Schulen angemietet werden, die Verwaltung solle bei den Mietkosten in Vorleistung treten. Zum Thema Personal sei viel im Wechselunterricht möglich, auch könnten im Moment erwerblose Museums-, Theater-, Sport- und Musikpädagog*innen beschäftigt werden. Die Stadt Köln habe einen ordentlich ausgearbeiteten Sozialindex, der hier Anwendung finden solle. Des Weiteren schlägt Herr Kockerbeck vor, schnellstmöglich Schulsozialarbeiter*innen einzusetzen, gerade an Schulen mit hohem Sozialindex gebe es großen Bedarf. Schutzmasken sollten für Schülerinnen und Schüler, insbesondere auch aus eher einkommensärmeren Familien, vorgesehen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben erläutert, es gebe keine Ersetzungsanträge zu Änderungsanträgen, ganz konkret bedeute ein Ersetzungsantrag einen Änderungsantrag. Somit habe die Fraktion die Linke einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag gestellt. Aber dieser eine Änderungsantrag sei ein Ersetzungsantrag.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schlägt vor, den Antrag TOP 2.4 der Fraktion Die Linken betreffend Haushaltsrelevanz und Landesaufgaben zur Prüfung dazuzugeben, um eine Realisierung zu prüfen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben ergänzt, dass man in Ergänzung zu dem Änderungsantrag TOP 2.2, wenn dieser eine Mehrheit fände, diese vier Punkte als Prüfpunkte mit aufnehmen könnte. Er sei sich nicht sicher, ob der Fraktion Die Linke dieses so reiche. Wenn es so wäre, müsse nicht einzeln abgestimmt werden und man könne en bloc abstimmen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt nach, wie lange die Prüfung dauere und stimme nach Antwort der Verwaltung über eine zeitnahe Prüfung dem Prüfantrag zu.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben schlägt eine Komplettabstimmung vor, dass der Prüfauftrag in den Änderungsantrag TOP 2.4 des Änderungsantrages TOP 2.2 mit aufgenommen werde.

Beschluss:

Nach einer inhaltlichen Diskussion wird der vorliegende Änderungsantrag um einen Prüfauftrag an die Verwaltung erweitert. Darüber lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.2 Neue Anfragen

**3.2.1 Geänderte Rechtslage zur Abwicklung von Geldern für Klassenfahrten
gem. § 95 Abs. 3 SchulG NRW
AN/0352/2021**

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

**3.2.2 Sanierung des Hölderlin-Gymnasiums in Köln-Mülheim
AN/0358/2021**

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, berichtet, dass sie beim Bauausschuss nach dem Stand der Dinge gefragt habe. Eine weitere Mail an die Verwaltung sei beantwortet worden. Ein genaues Ergebnis bekomme man zur Verfügung gestellt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben verweist auf den TOP 5.6 und stellt klar, dass genau dort diese Fragen beantwortet seien.

Herr Gräbener, Verwaltung, weist darauf hin, dass der Abschlussbericht noch nicht fertig vorliege, das Werk jedoch sehr umfangreich sei. Herr Gräbener würde den Bericht als pdf.Datei zur Verfügung stellen. Sollte der Bericht rechtzeitig fertiggestellt sein, könne dies auch der Niederschrift beigefügt werden.

Herr Derichsweiler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wünscht sich detaillierte Informationen insbesondere zu Alternativen zu einem zweiten Schulstandort.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, führt aus, dass alles, was dazu beitrage, zwei Standorte zu vermeiden, unterstützt werde und drückt für die Information an die verschiedenen Ausschüsse seinen Dank gegenüber Frau Ruffen aus.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben betont, dass geteilte Standorte nur die äußerste Notsituation sein könnten.

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.3 Beantwortung der Anfrage von Frau Hölzing-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung ASW vom 18.Januar 2021 zur Vorlage "Sexueller Missbrauch in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen" DS Nr.3195/2020 0626/2021

Die Beantwortung wird zu Kenntnis genommen.

3.2.4 Lehrschwimmbecken der Grundschule Hohe Straße in Köln-Porz/Westhoven - zu einer Anfrage der SPD-Fraktion, AN/0033/2021 und zum Beschluss der Bezirksvertretung Porz AN/0543/2020 0056/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bedankt sich für die Antwort. Er bittet in diesem Zusammenhang um Erläuterung der Begriffe „Gutachten“ und „Politische Kommission“.

Herr Gräbener, Verwaltung, erklärt, dass in der Vorlage der Gebäudewirtschaft in dem zweiten GU/TU-Paket die Politische Kommission verankert und eine Begleitkommission zu dem GU/TU-Paket sei.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2.5 Gesamtschule am Standort Zusestraße in Köln-Lövenich? AN/0404/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.6 Standortfragen an der Elsa-Brändström-Realschule und der Gesamtschule Lindenthal neu justieren? AN/0405/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, führt aus, dass auch in der Pandemie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht ausgeschlossen werden dürfe. Er hoffe, dass sich Kinder und Jugendliche zukünftig in politische Debatten einbringen können. Ohne eine Verzögerung der Bau-Planung wolle man diesen Standort nochmal beleuchten.

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Schulsporthallen 2035/2020

Herr Seeck, SPD-Fraktion, erläutert, dass man im Jahre 2016 einen Antrag gestellt habe in dem beschreiben sei, dass die Vereine vor Ort bauliche Veränderungen benötigen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, denke im Sinne der Haushaltwahrheit und -klarheit und fragt, ob die Kosten für die höheren Hallen auch im Sportetat veranschlagt würden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass am Ende des Tages die Hallen viel besser ausgenutzt seien. Die Klärung des Haushalts könne zu einem späteren Zeitpunkt abgestimmt werden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erläutert, dies sei ein gemeinsames Konzept, abgestimmt zwischen Sport und Schule. Es gebe eine Klarheit darüber, dass man hier über eine Sporthalle spreche, die einer Schule zugeordnet sei und auch dem Sport und Vereinssport zur Verfügung stehe. Mit dieser Maßnahme solle eine Möglichkeit eröffnet werden, die Hallen multifunktional zu nutzen, auch dort, wo keine Zweifachsport-hallen gebaut werden können. Dies diene ebenfalls dem Vereinssport. So bestehe auch für die Vereine die Möglichkeit, unter realistischen Wettkampfbedingungen zu trainieren und zu spielen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Sportentwicklungsplanung bei der Planung und beim Bau von Schulsport-hallen die Bedarfe des Vereinssports angemessen zu berücksichtigen. Dadurch sollen die nachhaltige Nutzbarkeit von Sport-hallen erhöht und Sportbedarfe besser abgedeckt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Planungsaufnahme zur Erneuerung und Erweiterung der OGS-Küche der GGS Martinusstr. 28, 50765 Köln-Esch

Planungsbeschluss 3195/2019

Herr Seeck, SPD-Fraktion, fragt bezüglich der Dringlichkeit der Maßnahme nach. Es werde erwähnt, dass eine Bearbeitung und Umsetzung in den kommenden fünf Jahren durch die Gebäudewirtschaft nicht garantiert werden könne.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob die Küche so ausgestattet sei, dass man selbst frisch kochen kann.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass man sich mit der guten Ernährung beschäftigen müsse wofür sei es wichtig, dass man eine frische Küche habe.

Herr Gräbener, Verwaltung, führt aus, dass es hierbei um einen Planungsauftrag gehe und die Gebäudewirtschaft aufgrund der Kapazitäten und des bekannten Fachkräftemangels nicht sagen könne, dass man die Umsetzung in den nächsten fünf Jahren realisieren könne.

Die Küche entspräche dem städtischen Standard „cook and chill“. Andere Ausführungen seien planungsaufwändiger.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben äußert den Wunsch, dass die Umsetzung zeitlich überschaubar bleibe und auch mit eigener Küche zum Kochen realisierbar gemacht werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Erneuerung und Erweiterung der OGS-Küche der GGS Martinusstr. 28, 50765 Köln-Esch.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist die in der Anlage aufgeführte Raumliste zu Grunde zu legen (Anlage 1).

Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rund 180.000 € (Anlage 2). Die Finanzierung der voraussichtlich im Haushaltsjahr 2021 ergebniswirksam werdenden Planungskosten erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitteilungen

**5.1 Förderung Rom e. V. für das Haushaltsjahr 2021 ff.
0055/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2021"
0153/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.3 Anfrage der SPD-Fraktion zu baulichen und perspektivischen Situation
der KGS Horststraße
hier: mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 24.08.2020; 6.1 der Niederschrift
3717/2020**

Frau Weber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, wann die Machbarkeitsstudie fertiggestellt und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Verfügung gestellt werde.

Herr Gräbener, Verwaltung, merkt an, dass er die Information bei der Gebäudewirtschaft abrufen müsse.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Antwort der Verwaltung:

Die Gebäudewirtschaft hat eine Massenstudie erstellt. Eine planungsrechtliche Beurteilung befindet sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Die Studie dient als Grundlage für die Entscheidung, ob und wie das Projekt durchgeführt werden kann. Bisher wurden den Ratsgremien diese Vorüberlegungen nicht zur Verfügung gestellt. Eine Vorstellung des Projektes erfolgt erst, wenn auf der Grundlage der Vorüberlegungen ein Planungsbeschluss angestrebt wird. Sollte ein Planungsbeschluss gefasst werden, wird das Projekt in die Prio C („mittel- und langfristige Schulbaumaßnahmen“) der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste eingeordnet.

**5.4 #LernenGehtImmer - Volkshochschule Köln setzt verstärkt auf Onlineangebote
0271/2021**

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, hat eine Rückfrage zu den Angeboten, die nicht von Präsenz- auf Digitalunterricht umgestellt werden können und möchte wissen, ob im DaF-Bereich eine größere Anzahl von Dozierenden vorhanden gewesen sei, die keine Möglichkeit zum Erwerb gehabt hätten.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die digitalen Angebote und fragt, wie Integrationskursteilnehmer diese Kurse wahrnehmen können und hätte zum Ende des Jahres gerne einen Bericht seitens der Volkshochschule.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bittet zum Ende des Jahres um eine Präsentation.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Antwort der Verwaltung auf die Frage von Herrn Kockerbeck:

Im ersten Trimester 2021 (Januar bis April) unterrichteten 49 der 67 Dozierenden im DaF-Bereich online, das sind ca. Dreiviertel der DaF-Dozierenden.

18 Dozierende unterrichteten aus folgenden Gründen nicht online und konnten damit keine Kurse im 1. Trimester anbieten:

- 12 Dozierende haben sich zu Trimesterbeginn selbst dagegen entschieden, im Onlineformat zu unterrichten. Eine Umstellung ihres Präsenzkurses auf einen Onlinekurs war aus diesem Grunde nicht möglich. Die VHS Köln hat im Laufe des vergangenen Jahres sowie im Januar 2021 Qualifizierungsangebote für Dozierende von Onlineunterricht eingerichtet. Dieses Angebot wurde nicht von allen Dozierenden wahrgenommen.
- Einige Kurse mussten aufgrund des Nichterreichens der Mindestteilnehmeranzahl abgesetzt werden. Da die Nachfrage nach Deutschkursen im Rahmen der Coronapandemie deutlich nachgelassen hat, konnten diesen Dozierenden keine alternativen Kursangebote unterbreitet werden.
- Die Umstellung von A1-Kursen von Präsenz- auf ein Onlineformat ist mit besonderen sprachlichen und didaktischen Herausforderungen verbunden. Dank des großen Engagements von Seiten der VHS Köln und des Dozierenden gelang es, einen A1-Piloten erfolgreich durchzuführen.

Sollte aufgrund eines fortgeführten Lockdowns die Notwendigkeit bestehen, auch die Präsenzkurse des 2. Trimesters 2021 (April bis Juni) in Onlineformate umzuwandeln, so wird sich die Situation in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Möglichkeiten und Gegebenheiten voraussichtlich wie folgt entwickeln:

- Einige der Dozierenden, die im ersten Trimester 2021 noch keine Veranstaltungen im Onlineformat übernehmen wollten, haben sich u. a. über die Fortbildungs- und Vernetzungsangebote der VHS Köln nun soweit qualifiziert, dass sie im 2. Trimester bei Bedarf auch online unterrichten möchten.
- Mit Blick auf die Erfahrungen aus dem A1-Piloten plant die VHS, im 2. Trimester weitere A1-Kurse im Onlineformat anzubieten.

Antwort der Verwaltung auf die Frage von Frau Hölzing:

Teilnehmende an Integrationskursen lernen an der VHS Köln auch während des Lockdowns weiterhin die deutsche Sprache. Seit Anfang Januar 2021 konnten wir insgesamt 14 Onlinekurse, sog. „virtuelle Klassenzimmer“, einrichten und 25 Online-Tutorien.

Die alternative Weiterführung der Integrationskurse als „virtuelles Klassenzimmer“ ist allerdings nur für einen Teil der Kurse und deren Teilnehmende möglich. Die Gründe,

warum Interessierte nicht an Integrationskursen im Onlineformat teilnehmen können, sind vielfältig:

- Bei einigen Teilnehmenden fehlen notwendige Endgeräte oder es ist kein ausreichender Internetzugang vorhanden.
- Teilnehmende sind ohne Deutschkenntnisse oder nicht alphabetisiert.
- Teilnehmende besitzen selbst keine oder nur eine geringe digitale Kompetenz.
- Eltern müssen fehlende Kinderbetreuung kompensieren. Aktuell besitzen sie daher oftmals weder die Zeit noch steht ihnen der geeignete Rahmen, um selbst an Kursen teilnehmen und lernen zu können, zur Verfügung.

Für beinahe alle bestehenden Integrationskurse konnte die VHS dagegen Online-Tutorien einrichten. Hierbei handelt es sich um eine Form des asynchronen Lernens, die auch mit dem Smartphone möglich ist. Die Dozierenden treffen sich mit ihren Kursteilnehmenden zweimal pro Woche über eine Videoplattform. Während der Woche arbeiten die Dozierenden zudem mit den Lernmanagementsystemen VHS-Lernportal und vhs.cloud mit den Lernenden.

Erstberatung und Einstufungstestung führt die VHS Köln ebenfalls online durch, beides mit hohem zeitlichem und personellem Einsatz.

5.5 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten inklusive Interimsbauten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln - Erweiterter Planungsbeschluss, 2486/2020 2486/2020/3

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben stellt hierzu eine große Zufriedenheit fest.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.6 Abbruch Neubau Gebäude des Hölderlin Gymnasiums, Graf- Adolf-Straße 0552/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.7 Sachstandsmitteilung über die Umsetzung des Förderprogramms "DigitalPakt NRW" zur Digitalisierung der Kölner Schulen 0534/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass noch nicht viele Mittel abgerufen seien. Er fragt, ob eine erste Tranche von 14 Mio. bereits beantragt sei und die restlichen Mittel alle in 2021 abgerufen würden.

Herr Beigeordneter Voigtberger erläutert, dass die Mittel abgerufen würden und möchte auf die enormen Herausforderungen hinweisen, die mit der Beantragung einhergehen. Dafür werde weiteres Personal zugesetzt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben möchte wissen, ob das Ausmaß der Beantragungen und Komplexität zu hoch sei, ob dies auch mit weniger Aufwand erledigt werden könne.

Herr Beigeordner Voigtsberger erklärt, dass die Grundlage die Bund-Ländervereinbarung sei. Dies wurde dem Land gegenüber, auch mit der Erfahrung aus Gute Schule 2020, verdeutlicht. Es wird darauf verwiesen, dass diese Voraussetzungen eingehalten werden müssen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben gibt den Hinweis, evtl. einen Landes- oder Bundestagsabgeordneten anzusprechen. Eventuell gebe es Möglichkeiten, den Prozess einfacher und schneller zu gestalten.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.8 Schulversuch "NRW-Musikprofil-Schulen" 0674/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für den Schulversuch.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung schließt sich diesem Dank an.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.9 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln 0409/2021

Frau Westphal, FDP-Fraktion, bittet die Verwaltung um zeitnahe Anpassung aller Vordrucke und Formulare.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, schließt sich diesem Wunsch an.

Herr Beigeordneter Voigtsberger stimmt Frau Westphal zu. Mit den Praxistipps und dem Leitfaden möchte die Verwaltung zeigen, dass das Thema wichtig sei und auch zügig umgesetzt werde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.10 Schulische Situation und Ausstattung in der Pandemie-Situation - aktueller Sachstand 0651/2021

Frau Butterwegge, Fraktion Die Linke, fragt, ob die Kinder in der Notbetreuung im Ganztags ein Mittagessen erhielten und wie man Kinder im Distanzunterricht erreiche, die für ein BUT-Mittagessen antragsberechtigt sind. Sie möchte wissen, ob diese Kinder trotz geschlossener Schulen ein alternatives Essensangebot hätten.

Die Frage wird im Protokoll beantwortet.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Antwort der Verwaltung:

Schülerinnen und Schüler, deren Betreuungsbedarfe über den Zeitrahmen des regulären Schulunterrichtes hinausgehen, werden mit einem Essen versorgt. In Einzelfällen wird die gewohnte Verpflegung möglicherweise durch andere Formen wie beispielsweise Lunchpakete ersetzt (z.B. wenn sich nur wenige Kinder in der Betreuung befinden).

Die BuT-berechtigten Schüler und Schülerinnen erhalten in der Zeit des Distanzunterrichtes eine entsprechende Versorgung. Die Träger und Caterer sind wie bereits im

vergangenen Jahr während der Schulschließungen gebeten worden, hierfür mit Unterstützung der Schulen entsprechende individuelle und kreative Regelungen zu finden. Dahingehend haben sich insbesondere Gutscheine und „Lebensmittelpakete für die Zubereitung von Speisen zu Hause“ als praktikabel erwiesen.

5.11 Beschaffung von Luftreinigungsgeräten entsprechend Landesförderung 0704/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass die Verwaltung bereits ca. 100 Luftreinigungsgeräte aus den Fördermitteln des Landes abgerufen und verwendet habe. Prinzipiell könne man nach Rücksprache mit der Schulleitung eigene Geräte aufstellen. Dafür werde jedoch keine Wartung und Verantwortung übernommen. Er möchte wissen, wie lange das Projekt dauere, wann man Ergebnisse habe und was die Folge der Ergebnisse wäre. Er möchte wissen, wie lange das Projekt dauere, wann man Ergebnisse habe und was die Folge der Ergebnisse wäre. Herr Dr. Schlieben spricht explizit die Lüftungsfiler an und erklärt, dass die Problematik bei den Räumen gegeben sei, die man nicht belüften könne.

Frau Ritter, Verwaltung, berichtet über die Co-Schul-Studie und teilt mit, dass der Ausstattungsstandard an den Schulen nach den vorliegenden Kriterien durch die angewendete Förderrichtlinie bereits erweitert worden sei und man nun über die Studie eruieren müsse. Dies führe zu einem Mehrwert und letztendlich auch zu mehr Infektionsschutz. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die ersten Erkenntnisse Mitte März vorliegen würden. Letztendlich seien es aber laufende Maßnahmen im Rahmen des Co-Schul-Projektes, über die im Krisenstab der Stadt Köln regelmäßig berichtet werde.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, ergänzt, dass die Schülerinnen und Schüler an Bewegungsarmut leiden würden. Die Schulsporthallen sollten aufgerüstet werden, damit auch dort ein besseres Klima herrsche.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, gibt auch das auch Klima in den fensterlosen Umkleiden zu bedenken.

Frau Ritter, Verwaltung, ergänzt, dass parallel zum Einsatz der Luftreinigungsgeräte auch die RLT-Anlagen in Schulen überprüft wurden und weiterhin werden. Bei Unsicherheit der Schulleitung könne man sich an die Gebäudewirtschaft wenden, die mit dem Gesundheitsamt die Situation geprüft habe.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, fragt nach, ob das auf den Zeitraum bezogen gewesen sei, vor dem letzten Lockdown, wo es die Begehung der Sporthallen gegeben habe.

Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.12 3499/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Einsatz von Fördermitteln für Ganztagsausbau in Grundschulen

Bezug: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (RdErl. d. Ministeriums für Schule und Bildung vom 22.01.2021).

Auf der o.g. Grundlage konnte die Stadt Köln als Schulträger Fördermittel für den Ganztagsbau ihrer Grundschulen beantragen. Gefördert werden Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler der jahrgangsstufen 1-4. Bewilligungsbehörde ist die Bezirksregierung Köln. Die bewilligten Maßnahmen müssen bis zum 30. Juni 2021 begonnen werden und sind bis zum 31. Dezember 2021 durchzuführen.

1. In welcher Höhe sind Fördermittel für den Ganztagsausbau in Kölner Grundschulen beantragt worden?
2. Nach welchen Kriterien sollen die Mittel eingesetzt werden?
3. Welche Ausbaumaßnahmen sollen mit diesen Fördergeldern finanziert werden?

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

7 Verschiedenes

Köln, 20.05.2021

gez. Dr. Nils Helge Schliegen

(Vorsitzender)

gez. Renate Käsbach

(Schriftführerin)